

KAPI TALIS MUS DOT COM



DIGITALE PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE
UND POLITISCHE PERSPEKTIVEN

READER

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

PROGRAMM

SAMSTAG, 29. MAI 2010

HAUS DER DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

BEGRÜSSUNG UND KEYNOTE

10:00 – 11:00 **DIE GLOBALE WISSENSÖKONOMIE**

URSULA HUWS

International Labour Studies, London

11:15 – 13:00 **KONFLIKTE UM ARBEIT UND EIGENTUM IM «DIGITALEN» KAPITALISMUS**

ANDREA BAUKROWITZ

Volkswirtin, Frankfurt am Main

NADINE MÜLLER

Sozialwissenschaftlerin, Berlin

STEFAN MERETZ

Informatiker, Keimform.de, Berlin

Moderation:

SABINE NUSS

Rosa-Luxemburg-Stiftung

13:00 – 14:00 **LUNCH**

14:00 – 15:30 **REGIEREN UND REGIERT WERDEN 2.0**

CHRISTOPH ENGEMANN

Medienwissenschaftler, IKKM Bauhaus Universität Weimar

BORIS TRAU

Soziologe, University of London

ALBRECHT MAURER

Referent für Innenpolitik, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Moderation:

LARS BRETTHAUER

Politologe, reflect - Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsordnung

15:30 – 16:00 **KAFFEE**

16:00 – 17:30 **LINKE INTERVENTION UND DIGITALISIERUNG**

NORBERT SCHEPERS

AG Digitale Demokratie und Rosa-Luxemburg-Stiftung

SUSANNE LANG

Psychologin, Redakteurin bei «Verbraucher sicher online»

CONSTANZE KURZ

Chaos Computer Club

TOBIAS SCHULZE

Referent für Wissenschaft und Technologie, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Moderation:

KATHARINA WEISE

Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIE KONFERENZ

KAPITALISMUS DOT COM DIGITALE PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE UND POLITISCHE PERSPEKTIVEN

Die Entwicklung von Technologien ist wesentlicher Bestandteil kapitalistischer Reproduktion. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wird die kapitalistische Dynamik durch digitale Informations- und Kommunikationstechnologien geprägt. Von der «Wissens- und Informationsgesellschaft» ist die Rede, von der «Digitalen Revolution», dem «Information Super Highway» oder dem «Cyber-space». Die neuen Technologien durchdringen alle Sphären bürgerlicher Gesellschaft wie Kapital, Eigentum, Arbeit, Staat, Recht und Öffentlichkeit. Diese waren zwar in der Geschichte der Linken immer wieder Gegenstand politischer Kritik und Praxis, vor dem Hintergrund der «digitalisierten» gesellschaftlichen Realität stellt sich jedoch die Frage einer angemessenen Situationsanalyse und Ausrichtung emanzipativer Politik neu. Entsprechend sollen auf der Tagung folgende Fragen diskutiert werden: Wie funktioniert Ausbeutung und Herrschaft im „digitalisierten“ Kapitalismus? Welche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse und Widerstandspotentiale entstehen? Welche Debatten werden darum geführt und wie könnte linke Intervention aussehen?

KEYNOTE

DIE GLOBALE WISSENSÖKONOMIE

URSULA HUWS

International Labour Studies, London

Dieser Vortrag behandelt Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung, die mit der Restrukturierung von Wertschöpfungsketten verbunden sind. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Kommodifizierung von Wissen und dessen Einfluss auf Beschäftigungsmodelle, Arbeitsqualifikationen, Arbeitsbedingungen und berufliche und klassenbezogene Identitäten. Im Anschluss daran wird die höchst widersprüchliche Position von «WissensarbeiterInnen» in diesen Veränderungsprozessen untersucht, und jene Faktoren bestimmt, die deren Zustimmung oder ihren Widerstand gegen diese Veränderungsprozesse beeinflussen.

PANEL 1

KONFLIKTE UM ARBEIT UND EIGENTUM IM «DIGITALEN» KAPITALISMUS

Mit der Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien haben sich Arbeitsverhältnisse verändert: dies betrifft betriebliche Hierarchien, Konkurrenzen und Kooperationen, den gestiegenen individuellen Leistungsdruck, das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, das Eigentum an Produktionsmitteln und Gütern und viele andere Aspekte der Organisation von Ausbeutung und Lohnarbeit, die andere Formen annehmen. Handelt es sich hierbei um die alten Arbeitsverhältnisse in neuem Gewand oder gibt es qualitativ neue Veränderungen und wenn ja welche? Welche Konflikte zwischen Arbeit und Kapital, welche zwischen Privateigentum und Nutzung der produzierten Güter sind hier aufgebrochen und wie ist all dies miteinander verschränkt? Was bedeutet das für gewerkschaftliche Kämpfe, für neue Aneignungsformen und Produktionsweisen und welches Widerstandspotenzial scheint hier auf? Nach dem einführenden Vortrag von Ursula Huws wollen wir mit den folgenden drei Beiträgen die Analyse der genannten Entwicklungen vertiefen und verschiedene Interpretationen vorstellen und diskutieren.

Moderation:

SABINE NUSS

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PANEL 1 - ABSTRACTS**KONFLIKTE UM ARBEIT UND EIGENTUM IM «DIGITALEN» KAPITALISMUS****ANDREA BAUKROWITZ**

Dipl. Volkswirtin, Studium an der Philipps-Universität Marburg (1983-1989), danach Systemanalytikerin und Beraterin in einem Softwareunternehmen. Seit Beginn der 1990er Jahre arbeitssoziologische Forschung und Beratung in den Themenfeldern Informatisierung der Arbeit, Arbeitsbeziehungen in der Informationsgesellschaft, Qualifikations- und Kompetenzentwicklung im Berufsfeld IT, IT-Branchenentwicklung.

INFORMATISIERUNG UND INDUSTRIALISIERUNG DER KOPFARBEIT

Seit Ende der 1990er Jahre hat die Informatisierung der Arbeit nochmals einen Schub erhalten. Auf Basis des Internets ist ein globaler Informationsraum entstanden, in dem sich für die konstituierenden Momente von Arbeit wie die Form von Arbeitsmitteln und Gegenständen, der Organisation des Arbeitsprozesses sowie seiner Steuerung und Kontrolle paradigmatische Veränderungen vollziehen. Dieser Wandel der Arbeit ist dabei nicht „technikinduziert“. Vielmehr ist die Ursache in den aktuellen tief greifenden Veränderungen in den Geschäftsmodellen vieler Unternehmen zu suchen, in denen Informatisierung als Prozess der Reorganisation von Produktions- und Wertschöpfungsketten sowie ihres Produkt- und Leistungsportfolios vorangetrieben wird. Internetbasierte Informationssysteme schaffen hier veränderte Möglichkeiten der Steuerung und Kontrolle über Organisations- und Landesgrenzen hinweg und knüpfen zudem Finanzmärkte und Unternehmen bis hinein in ihre Steuerungslogik enger zusammen. In dem Beitrag wird die Informatisierung als Perspektive für die Analyse aktueller Entwicklungstendenzen der Arbeit vorgeschlagen. Auf Basis eines kurzen historischen Blicks auf die Informatisierung der Arbeit in der Vor-Computerzeit und danach werden aktuelle Diagnosen zu den Formen und Folgen der Informatisierung am Beispiel der IT-Branche und ihren Beschäftigten vorgestellt. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, in denen noch die Potentiale für Selbstorganisation und Autonomie im Zentrum vieler Analysen stand, müssen dabei heute Stichworte wie Globalisierung, neue Formen (internationaler) Arbeitsteilung, Standardisierung, neue Kontrollformen und Industrialisierung neuen Typs in den Blick genommen werden. Vor diesem Hintergrund wird das aktuelle Spannungsfeld zwischen Individualisierung in der Arbeitssituation und Interessenlage von Beschäftigten und kollektiven Formen der Interessenvertretung konkretisiert und Perspektiven für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung sowie die berufliche Bildung als Teilsystem in den Arbeitsbeziehungen aufgezeigt.

PANEL 1 - ABSTRACTS

KONFLIKTE UM ARBEIT UND EIGENTUM IM «DIGITALEN» KAPITALISMUS

NADINE MÜLLER

Nadine Müller ist Sozialwissenschaftlerin und lebt in Berlin. Sie studierte Psychologie an der FU Berlin, war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement an der TU Chemnitz und promovierte im Fach Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Kassel. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeitsteilung und Kooperation, Computerisierung, intellektuelle Eigentumsrechte und industrielle Beziehungen.

COMPUTERISIERUNG UND HERRSCHAFT

Mit der Computerisierung verliert die mechanische Maschine als Kernstück der industriellen Produktion an Bedeutung; an ihre Stelle rückt mehr und mehr Software als das dominante Produktionsmittel. Dieser Dominanzwechsel ist Ausgangspunkt für die These, dass im Prozess der Computerisierung die Trennung von Leitung und Ausführung ihre produktivitätssteigernde Wirkung einbüßt und ihre herrschaftssichernde Funktion prekär wird. Arbeitsteilung als ein zentraler sozio-ökonomischer Begriff, der sich in einem systematischen Zusammenhang mit den Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen befindet, soll in einer neuen Fassung vorgestellt werden. In dem System Arbeitsteilung-Eigentum-Herrschaft werden praktische Widersprüche offenbar, denn die kapitalistische Wirtschaft reagiert aufgrund ihrer – wenn auch sich verändernden – hierarchischen und privatarbeitsteiligen Struktur auf die Anforderungen im Prozess der Computerisierung in lediglich suboptimaler Weise und bewältigt nicht die daraus resultierenden Krisen. Es zeigt sich die Notwendigkeit einer Demokratisierung in Form der „Kooperativen Individualität“.

PANEL 1 - ABSTRACTS

KONFLIKTE UM ARBEIT UND EIGENTUM IM «DIGITALEN» KAPITALISMUS

STEFAN MERETZ

Informatiker, Keimform.de, Berlin

DIE IDEOLOGIE DES »GEISTIGEN EIGENTUMS«

Der Kapitalismus vollzog drei industrielle Revolutionen: Initial die Vergegenständlichung des Handwerkerwissens in der Maschinerie, dann die ingenieurwissenschaftlichen Integration der analogen Teilprozesse zur Fließfertigung und schließlich die Trennung von universalisierter Prozessmaschine (z.B. Industrieroboter) und digitaler universeller Algorithmusmaschine (Computer). Das Wissen in seiner algorithmisierbaren Form ist digital und warenförmig geworden. Da Waren knapp und exklusiv sein müssen, muss dies auch für digitalisierte Wissenswaren gelten. Das ideologische Konstrukt des »geistigen Eigentums« erfüllt die Funktion, die künstliche Verknappung und Exklusion zu rechtfertigen. Doch die nahezu aufwandslose Reduplizierbarkeit sperrt sich gegen die Warenform. Freie Digital-Produzent_innen und -Nutzer_innen schöpfen und nutzen, was allen gehört -- das kumulierte Wissen der Menschheit. Die produktive Wiederaneignung der Gemeingüter ist die antikapitalistische Strategie der Zukunft.

PANEL 2**REGIEREN UND REGIERT WERDEN 2.0**

Staatlichkeit unterliegt derzeit einem Medienwandel von einer papierbasierten zu einer internetvermittelten digitalen Administration. Gleichzeitig lässt sich auf vielen Feldern eine Zunahme digital vermittelter, autoritärer Staatsprojekte beobachten. Projekte von der Vorratsdatenspeicherung über Internetsperren bis hin zur elektronischen Gesundheitskarte und ELENA legen Zeugnis davon ab. Auch die staatlichen Bildungsinstitutionen versuchen, sich an neue Anforderungen globalisierter Wirtschaftsweisen anzupassen. Gleichzeitig haben hier sich mit Bloggern und Hackern, Piratenpartei, Wikileaks und Flashmobs im und mit dem Internet neue politische Akteure und Aktionsformen gebildet: Gemeinsam ist hier die Skandalisierung von Überwachung und die Idealisierung der Peer-Produktion einerseits, die Hoffnung auf Steigerung von Transparenz und Partizipation zur Demokratisierung und Politisierung der Gesellschaft andererseits. Jenseits dieser verbreiteten Grundüberzeugungen fehlt jedoch eine Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken dieser neuen Beteiligungsformate. Entsprechend sollen im Panel Regieren und Regiert werden 2.0 Kontinuität und Wandel von staatlicher Herrschaft & gesellschaftlicher Partizipation untersucht werden. Treten Staat und Gesellschaft bzw. Staat und BürgerInnen in ein qualitativ neues Verhältnis? Gewinnen Individuen und Assoziationen neue Freiheitsräume oder werden sie mehr denn je eingebunden? Wie schliesslich könnte eine von solchen Analysen informierte linke Netzpolitik aussehen?!

Moderation:

LARS BRETTHAUER

Politologe, reflect – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung

PANEL 2 - ABSTRACTS

REGIEREN UND REGIERT WERDEN 2.0

CHRISTOPH ENGEMANN

Medienwissenschaftler, IKKM Bauhaus Universität Weimar

DIE GESUNDHEITSKARTE - VON GOUVERNEMENTALITÄT ZUR GOUVERNEMEDIALITÄT IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Ohne Medien keine Regierung, doch lange galt den Medien des Regierens wenig Aufmerksamkeit. Zu profan waren Papier, Aktenordner und Archiv als das sie von Politik oder Gesellschaftskritik in ihren Formen und Funktionen problematisiert wurden. Mit der Digitalisierung wird die Medialität des Regierens politisch. An der Gesundheitskarte, ein über drei Legislaturen hinweg verfolgtes Projekt zur Digitalisierung der Gesundheitsversorgung, lässt sich zeigen wie das unscheinbare dazwischen der Medien strukturell wirkmächtig wird. Statt mit papierenen Akten sollen Ärzte und Patienten eine digitale Gesundheitsakte nutzen und mit dieser Daten über Gesundheit und Krankheit verwalten. Doch handelt es sich nicht einfach um einen Austausch der Medien, sondern um eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Arzt, Patient, Gesellschaft und Politik. Jenseits der Skandalisierung von Datenschutzfragen soll dieser Beziehungswandel durch neue Medien hier an der Gesundheitskarte exemplarisch untersucht werden. Dabei wird zu fragen sein, inwieweit offizielle Politik und kritische Diskurse denselben medialen Dispositiven aufsitzen, indem Partizipations- und Verantwortungsformate als emanzipatorisch verabsolutiert werden.

PANEL 2 - ABSTRACTS

REGIEREN UND REGIERT WERDEN 2.0

BORIS TRAUER

Soziologe, University of London

DIE PSYCHOPOLITIK UND IHRE ALTERNATIVEN

Staatliche Administrationen stellten sich erst nach einer Verzögerung, in der globalisierte Unternehmen bereits einen Vorsprung in der Aneignung von IuK-Technologien aufgebaut hatten auf den gegenwärtigen Medienbruch ein. Sie zielen darauf ab, diesen Bruch auf den Politikfeldern zu gestalten, die dem neoliberal umgebauten Staat noch zur Verfügung stehen: Innovationspolitik, Sicherheitspolitik, Wohlfahrtspolitik, Bildungspolitik, Kulturpolitik. Doch es ist zweifelhaft, ob die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Interventionen der psychotechnologischen Mobilisierung der globalen Kultur- und Programmindustrien derzeit wirkungsvoll begegnen können. Die Kultur- und Programmindustrien zielen darauf ab, Humankapital zu vergrößern, Aufmerksamkeit zu kommodifizieren und soziale Konflikte zu therapeutisieren. In diesen Strategien zeigen sich die Umriss einer ‚gouvernementalen‘ Psychopolitik. Die Techniken des Selbstmanagements, des Marketings und der Konsumtion beinhalten zwar partizipatorische Elemente, tragen aber bislang nicht zur Entstehung emanzipatorischer Perspektiven und Handlungsformen bei. Diese These soll am Beispiel von staatlichen und industriellen Interventionen zur Förderung der ‚Medienpartizipation‘ verdeutlicht werden. Zur Frage steht dabei, ob die neuen Medien mit Hilfe einer neuen ‚Industriepolitik des Geistes‘ umfassender als bisher geschehen gesellschaftlich angeeignet werden können?

PANEL 2 - ABSTRACTS

REGIEREN UND REGIERT WERDEN 2.0

ALBRECHT MAURER

Referent für Innenpolitik, Bundestagsfraktion DIE LINKE

DER ALLSEITS VERWICKELTE MENSCH

1. Die repressive Seite

Mit der Behauptung, wir lebten in einem weltweiten Gefahrenraum werden immer weitergehende staatliche Eingriffe in Privatsphäre und Grundrechte begründet und mit Begriffen wie Gefährder, Kontaktpersonen, Vorbereitungshandlungen und Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung, Späh- und Lauschangriffen, Online-Durchsuchung, Scoring und Profilerstellung durchgesetzt. Prävention und Gefahrenabwehr haben ihren ursprünglichen Inhalt längst verloren und sind zu Generalschlüsseln einer anlasslosen Verdachtserhebung, Verdachtsverdichtung oder der Profilerstellung zu vielfältigsten sozial-, gesundheits- oder kriminalpolitischen Zwecken geworden. Staatliches Handeln wird in immer mehr Bereichen einer wirkungsvollen Kontrolle und Überprüfbarkeit entzogen – und findet doch in großer Öffentlichkeit statt! Unzählige Gesetze und institutionelle Neuordnungen (Bundespolizei, Gemeinsames Terror Abwehrzentrum, Ausbau des Bundeskriminalamts zu einer geheimen Bundespolizei, Bundesverwaltungsamt als Service- und Kompetenzzentrum der Abhördienste ...) mit gravierenden Eingriffen in bisherige verfassungsmäßige und grundrechtliche Essentials wurden in parlamentarischen Hauruckverfahren und unter massiven Angstkampagnen in der Öffentlichkeit als Begleitmusik durchgesetzt.

Angesichts schwindender sozialer und politischer Sicherheiten werden seine Bürgerinnen und Bürger immer mehr zur potenziellen Gefahr und unter Generalverdacht gestellt.

Sichtbar werden auf allen Ebenen die Umrisse eines präventiven Sicherheits- und Überwachungsstaates, der immer mehr gesellschaftliche Bereiche unmittelbar durchdringt und sich zurechtformt. Soziale und politische Gängelung und Kontrolle gehen ineinander über. Grund- und Bürgerrechte werden – geradezu diametral zu ihrer ursprünglichen Funktion – unter den Vorbehalt der Mitwirkung an ihrer Einschränkung gestellt („Wer nichts zu verbergen hat, lässt sich durchsuchen, gibt seine Daten her, beweist seine Unschuld ... wer nicht, der ...“).

2. Die digitale Gesellschaft

Dafür stehen staatlich angestoßene Projekte wie eGovernment, biometrische Ausweise, elektronische Gesundheitskarte, Elektronischer Einkommensnachweis (ELENA), einheitliche Steuernummer, der „Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte“ und andere, deren unglaubliche Datenmengen durch die allseitige Digitalisierung überhaupt erst handhabbar werden. Internet und seine Großunternehmen, „soziale Netzwerke“, Twitter, Wandlungen (und Zerstörung?) von Privatheit und anderes prägen diese Gesellschaft. Es gipfelt in der tendenziell unbegrenzt möglichen Verknüpfung und Nutzung der einen mit den anderen, der staatlichen Datenbanken und Datenströme mit den nicht-öffentlichen privaten, kommerziellen mit polizeilichen, sozialen mit repressiven Interessen. Und wird doch als Zuwachs an (Bewegungs-) Freiheit, individueller Kontrollkompetenz und Autonomie empfunden!

3. Widerstand und Alternativen?

Sind wir auf dem Stand des „Volkszählungsurteils“ aus dem Jahr 1983 oder wollen wir dort überhaupt sein? Dort heißt es: „Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden.“

PANEL 3 - DISKUSSION

LINKE INTERVENTION UND DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung findet mittlerweile in allen Lebensbereichen statt. Die Spezifik des Netzes und der Digitalisierung führt fast überall zu ganz eigenen Problemen und zu breiten politischen Diskussionen. Beispielhaft seien hier nur Themen wie die Regulierung des Internets, Partizipation oder die Netzkompetenz von Bundestagsabgeordneten genannt. Diese lebhaften Diskussionen machen gleichzeitig deutlich, dass auch neue Verknüpfungen und Verbindungen zwischen «klassischen» Politikfeldern, vor allem aber zwischen ganz unterschiedlichen politischen Akteur_innen entstehen. Während das Politikfeld der «Netzpolitik» als Querschnittsaufgabe bisher vor allem durch außerparlamentarische Akteur_innen getragen wurde, erkennen nunmehr auch Parteien die Leerstellen in diesem Politikfeld. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission «Internet und digitale Gesellschaft» im Deutschen Bundestag ist nur ein Anzeichen dafür. Zum Abschluss der Konferenz werden die eingeladenen Referent_innen aus ihren spezifischen Erfahrungen auf die Frage eingehen, welche Konsequenzen und Interventionsmöglichkeiten die netzpolitischen Debatten in der Praxis und im politischen Raum haben: Was ist und kann «linke Netzpolitik» sein? Inwiefern hat das Netz und die Digitalisierung aller Lebensbereiche zu neuen Formen von Unterdrückungsverhältnissen und vor allem Widerstandspotentialen geführt? Was bedeutet das für linke Akteur_innen?

Moderation:

KATHARINA WEISE

Rosa-Luxemburg-Stiftung

PANEL 3 - STATEMENTS**LINKE INTERVENTION UND DIGITALISIERUNG****NORBERT SCHEPERS**

AG Digitale Demokratie und Rosa-Luxemburg-Stiftung

Linke Netzpolitik will zum Bereich Informationsgesellschaft einen progressiven und spezifisch linken Politikansatz entwickeln. Umso mehr, als dies bisher eine Leerstelle ist. Bestandteile eines solchen Verständnisses sind natürlich die Anerkennung und aktive Nutzung der Potentiale und Chancen der Informationstechnologie. Wir brauchen einen Ansatz, der Netzpolitik als eigenständiges Politikfeld versteht und fördert; der die Komplexität der Interessen von Akteuren – privaten NutzerInnen, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Staat – in diesem Bereich analysiert, transparent macht sowie Partizipation ermöglicht; der die Transparenz von Daten der öffentlichen Hand nachdrücklich einfordert und diese zugänglich macht (Informationsfreiheit); der die Daten-Selbstbestimmung aktiv fördert und einem digitalen Überwachungsregime entgegentritt.

Insbesondere aber sollte die Linke die Netzpolitik auch als Sozialpolitik begreifen! Dies wird anhand des eGovernment deutlich; dieses bringt perspektivisch die Digitalisierung aller Transaktionen zwischen Staat und BürgerIn. Hauptfeld der konkreten Projekte ist die Sozialpolitik im weiteren Sinne: Neben dem Pilotprojekt der elektronischen Gesundheitskarte sind dies die Jobcard (ELENA-Verfahren, für die Bereiche Arbeit und Einkommen), die digitale Signatur (s.a. Signaturgesetz), der digitale Personalausweis sowie die Steuer-Identifikationsnummer (womit in der BRD erstmals eine zentrale Personenkennziffer eingeführt wird). Diese Vorhaben verweisen ebenso auf klassische linke Fragen nach dem Eigentum und nach der Aneignung von Produktionsbedingungen wie die inzwischen sichtbar gewordenen Auseinandersetzungen um „Geistiges Eigentum“ bzw. um die Verfügung über die Inhalte in der Digitalen Gesellschaft. Die „soziale Frage“ lässt sich natürlich ebenso an Fragen der Teilhabe und des Zugangs durchdeklinieren.

PANEL 3 - STATEMENTS

LINKE INTERVENTION UND DIGITALISIERUNG

SUSANNE LANG

Psychologin, Redakteurin bei «Verbraucher sicher online»

Die Wahrung und Durchsetzung von Demokratie im Internet ist mit der zunehmenden Verbreitung und damit einhergehenden gesellschaftlichen Bedeutung des Internets eine dringendere Aufgabe von Netzpolitik geworden. Demokratie im Internet ist selbstverständlich nicht von Demokratisierungsbewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu trennen. So ist an Internettechnologien, wie auch an Software die Forderung zu richten, offen und transparent zu sein, denn sie regeln Zugang und Handlungsmöglichkeiten von Nutzer_innen und Entwickler_innen gleichermaßen.

Für ein demokratisches Internet ist essentiell, dass seine Nutzer_innen die Möglichkeit haben, sich frei bewegen zu können. Nur wer sich frei orientieren, bewegen und assoziieren kann, wird partizipieren und eine demokratische Gesellschaft mitgestalten. Aber die Bewegungsfreiheit ist nur die eine Seite der Medaille: es braucht ebenso mündige Nutzer_innen und Produzenten_innen, soweit sich diese zumindest theoretisch noch voneinander abgrenzen lassen, die selbstbestimmt handeln.

Schließlich steht eine linke Netzpolitik vor der Herausforderung, Formen von Kollektivität und Organisation (weiter)zuentwickeln. Darin kann eine gemeinsame Identität nicht mehr als Grundlage für gemeinsames Handeln vorausgesetzt werden. Statt dessen sind Netzwerke der Ausgangspunkt für eine neue Kollektivität, die temporär bleibt und an gemeinsamen konkreten Fragen entsteht.

CONSTANZE KURZ

Chaos Computer Club

Die alltägliche Vernetzung ist für viele Menschen ein Segen, hat aber wie immer im Leben Schattenseiten. Die breiter werdende digitale Spur, die wir alle hinter uns herziehen, gibt viel Persönliches von uns preis - ob wir es merken oder nicht. Kein Wunder, dass sich nicht nur Kommerzielle, sondern auch staatliche Behörden für unsere Datenprofile interessieren. Schleichend droht der früher normale gesellschaftliche Zustand, dass jeder allein entscheiden kann, was er wem gegenüber preisgibt, verlorenzugehen. Parallel rufen die lauter werdenden Apologeten eines angeblichen neuen sozialen Miteinanders das Ende der Privatsphäre aus.

Zu diesen Entwicklungen muss sich linke Netzpolitik positionieren, Argumente finden, Techniken kennen und verstehen, Potentiale dieser Technologien benennen können. Das wird keine leichte Aufgabe, aber eine, die an Wichtigkeit zunehmen wird.

PANEL 3 - STATEMENTS

LINKE INTERVENTION UND DIGITALISIERUNG

TOBIAS SCHULZE

Referent für Wissenschaft und Technologie, Bundestagsfraktion DIE LINKE

Digitale Technologie selbst bringt keine Fortschritte im Sinne einer emanzipatorischen Politik. Sie birgt lediglich Gestaltungspotenziale, die politisch gehoben und in vermachteten Sphären erkämpft werden müssen. Dabei hilft der hybride Charakter des Netzes als Kommunikations- und Produktionsinstrument. Zwei Effekte befördern dies:

- die Senkung der technischen Produktions-, und besonders der Vervielfältigungs- und Distributionskosten nahe Null.
- der Netzcharakter, der multidirektionale Kommunikation und egalitäre Teilhabe daran ermöglicht

Die Verknappung von wissensbasierten Gütern und die Verengung oder Einschränkung von Kommunikationswegen werden so immer schwieriger. Ökonomische und soziale Konstitutionen von Herrschaft geraten an Grenzen. Eine emanzipatorische Netzpolitik könnte diesen Druck nutzen, um alternative gesellschaftliche Modi zu befördern. Bürgerrechtspolitik und die strukturell gestaltende Eigentumspolitik sind dabei nur zusammen zu denken. Die Einschränkung von Freiheitsrechten behindern auch die Entfaltung neuer Arbeits- und Eigentumsformen und umgekehrt.

Zentrale politische Felder sind aus meiner Sicht:

- Der Erhalt von Netzneutralität, die Vermeidung der digitalen Spaltung sowie der Einsatz gegen jegliche Formen von Zensur.
- Die Stärkung und der Ausbau einer öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. der Gemeingüter im Netz sowie die Unterstützung kollaborativer Produktionsformen.
- Die Anpassung und Erneuerung des Urheberrechtes und weiterer Schutzrechte durch einen Ausgleich von Kreativen und NutzerInnen. Die Rechte von Intermediären sind auf reine Dienstleistungsfunktionen zu beschränken, öffentliche Zwecke wie Bildung und Wissenschaft zu bevorzugen.
- Eine Stärkung der NutzerInnenrechte durch Umsetzung in einem neuen Internetrecht, das die informationelle Selbstbestimmung im Netz gegen private und staatliche Interessen schützt.
- Die politische Organisation von Kreativen und NutzerInnen.

Netzpolitik ist Politik zur Erarbeitung, Austausch und Diskussion von Wissen, Kultur und Information. Eine Ökonomie des Netzes ist demnach eine Ökonomie von Wissen und Information.

AM ABEND

GEMÜTLICHER AUSKLANG

MONARCH

DJ LOBOTOMY LEGT GITARRENMUSIK AUF

ab 21 Uhr, Kottbusser Tor, Skalitzer Straße 134, 10999

FESTSAAL KREUZBERG

DRESDEN CALLING - SOLIPARTY

Zur Finanzierung der Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden 2010

ab 23.30 Uhr, Skalitzer Straße 130, 10999 Berlin

UND DANACH...

Alle Beiträge der Tagung werden dokumentiert und demnächst als Videos auf der Veranstaltungsseite der Internetseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht:

WWW.ROSALUX.DE

UND NICHT ZULETZT...

**VIELEN DANK DER VORBEREITUNGSGRUPPE
UND ALLEN MITHELFENDEN MENSCHEN!**

**WISSENS-
ÖKONOMIE?**

**REGIEREN
2.0?**

**ARBEIT
& EIGENTUM?**

**INTER-
VENTION?**

WWW.ROSALUX.DE

Grafik: imageshift.net